



Antwort des Staatsrats auf einen parlamentarischen Vorstoss

Anfrage Jakob Christine
Suizidgefährdete Jugendliche / Schülerinnen und Schüler

2021-CE-34

I. Anfrage

Die Coronakrise führt zu Einschränkungen der persönlichen Freiheit zugunsten des Schutzes unseres Gesundheitswesens sowie des Schutzes älterer Personen und Risikopatienten. Dabei geht der Schutz der Jugendlichen, die von dieser Krise genauso betroffen sind, vergessen.

Mir ist bekannt, dass sich an Freiburger Mittelschulen 2 Suizide ereignet haben (Kollegium Heilig Kreuz), dass 3 weitere Suizidversuche unternommen wurden, und dass es mindestens 4 suizidgefährdete Menschen sowie etliche Schüler, denen es mental schlecht geht, gibt. Diese Vorfälle haben sich innerhalb des letzten halben Jahres zugetragen.

Die Psychologinnen und Psychologen sind offensichtlich überlastet, und so ist es derzeit schwierig, zeitnah einen Gesprächstermin zu erhalten, und die Mediation und Suizidprävention ist an unseren Schulen (zu) wenig präsent.

Mir sind weder eine Suizidprävention noch sonst Vorschläge zur Verbesserung der Lage der Jugendlichen bekannt.

Dies führt mich zu folgenden Fragen:

1. Hat der Staatsrat Kenntnis von der aktuellen Lage?
2. Gibt es Statistiken, welche die Suizide und Suizidversuche an den Freiburger Schulen erfassen? Wie haben sich diese entwickelt?
3. Falls die Suizidfälle zugenommen haben, was gedenkt der Staatsrat dagegen zu unternehmen? Falls die Suizidfälle nicht zugenommen haben, erkennt der Staatsrat trotzdem Handlungsbedarf?
4. Gibt es Statistiken, welche die Schulabbrüche oder das Wiederholen einer Stufe an Mittelschulen erfassen? Haben die Mittelschulabbrüche im Jahre 2020/2021 zugenommen? Hängen diese Schulabbrüche oder Schulstufenviederholungen mit der Covid-19-Krise zusammen oder sind diese auf die gestiegenen Anforderungen während dieser Krise zurückzuführen? Erkennt der Staatsrat hier einen Handlungsbedarf (z. B. durch Anpassen der Anforderungen)?
5. Werden Lehrpersonen trainiert und instruiert, um Gefährdete zu erkennen, ernst zu nehmen und diese allenfalls an professionelle Hände weiterzureichen? Liegen entsprechende Notfallszenarien vor und sind diese eintrainiert?
6. Greifen die Schulen auf Unterstützung von Bekannten und Bewährtem zurück?

7. Wie gedenken die Schulen und die Politik, dem Problem der persönlichen Gefährdung bei einer allfälligen Schliessung der Schule zu begegnen und wie glauben sie dies zu können?

22. Januar 2021

II. Antwort des Staatsrats

1. *Hat der Staatsrat Kenntnis von der aktuellen Lage?*

Der Staatsrat ist sich bewusst, dass die gegenwärtige Gesundheitskrise grosse Auswirkungen auf die psychische Gesundheit der Bevölkerung im Allgemeinen und junger Menschen im Besonderen hat. Sie ist ein erheblicher Risikofaktor, da sie das Gefühl, sein Leben unter Kontrolle zu haben, und das Kohärenzgefühl beeinträchtigt und die Gefahr der Vereinsamung erhöht. Die persönlichen Ressourcen der jungen Menschen werden dadurch stark strapaziert. Restriktive Gesundheitsmassnahmen von unbestimmter Dauer können bedeutende Nebenwirkungen auf die psychische Gesundheit haben und zu einem höheren Suizidrisiko und mehr Suizidversuchen führen.

Der Kanton Freiburg analysiert die Gesundheit der Freiburger Schülerinnen und Schüler regelmässig, um seine Aktionen bestmöglich zu planen, namentlich im Rahmen der Gesundheitsförderung und Prävention. Die in diesem Jahr veröffentlichten Ergebnisse der Schweizerischen Gesundheitsbefragung und der HBSC-Studie bei den 11- bis 15-jährigen Jugendlichen haben einige der Herausforderungen im Bereich der öffentlichen Gesundheit aufgezeigt, die auch in Zeiten einer Pandemie von grosser Bedeutung sind. Diese Daten, obwohl sie im Jahr 2017 erhoben wurden, zeigen, dass sich die grosse Mehrheit der 11- bis 15-jährigen Schülerinnen und Schüler gesund oder sehr gesund fühlt. Ein beträchtlicher Teil der Schülerinnen und Schüler erlebt jedoch Stress: Ein Viertel der Jungen und etwas mehr als ein Drittel der Mädchen im Alter von 15 Jahren gaben an, sich aufgrund der Arbeit für die Schule gestresst zu fühlen. Sowohl bei Jungen als auch bei Mädchen nimmt das Symptom der Müdigkeit mit dem Alter deutlich zu. Zum Beispiel haben mehr als 80 % der 15-jährigen Mädchen in den letzten 6 Monaten mindestens einmal wöchentlich unter Müdigkeit gelitten.

Im Hinblick auf die Auswirkungen der Gesundheitskrise auf junge Menschen verfolgt der Staatsrat aufmerksam die Ergebnisse verschiedener kürzlich abgeschlossener oder noch laufender Studien. Die Erkenntnisse daraus werden nicht nur die Anpassung der aktuellen Massnahmen ermöglichen, sondern auch als Grundlage für die Planung der zu ergreifenden Massnahmen dienen. Bei den Projekten, die sich mit der Untersuchung der Auswirkungen der Pandemie auf die Gesundheit der Bevölkerung befassen, sind unter anderem folgende zu nennen:

- > CoviDelphi-Studie von Unisanté, Lausanne
- > Umfrage «Pas au top à cause du corona ?» von Unisanté Lausanne und dem Verein CIAO bei 7873 jungen Menschen im Alter von 10 bis 25 Jahren in der Westschweiz, darunter 1253 aus dem Kanton Freiburg
- > Monitoring zur psychischen Gesundheit durch die Gesundheitsförderung Schweiz
- > Analysen COVID-19 Social Monitor der ZHAW (Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften)
- > Swiss Corona Stress Study der Universität Basel

- > Studie zu den psychischen Auswirkungen der Coronavirus-Pandemie auf Jugendliche und ihre Eltern in der Schweiz, Prof. Meichun Mohleur-Kuo und Prof. Susanne Walitza, Klinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie und Psychotherapie, Universität Zürich, Psychiatrische Universitätsklinik Zürich und Institut et Haute Ecole de la Santé La Source – HES-SO
- > «Le vécu des enfants et adolescents de 11 à 17 ans en Suisse romande par rapport au COVID-19 et aux mesures associées (semi-confinement)» (Wie haben Kinder und Jugendliche im Alter von 11 bis 17 Jahren in der Westschweiz die Covid-19-Krise und die damit verbundenen Massnahmen (Teil-Shutdown) erlebt), Daniel Stöcklin, Ludivine Richner, Interfakultäres Zentrum für Kinderrechte, Universität Genf
- > Der Einfluss der COVID-19-Pandemie auf die psychische Gesundheit der Schweizer Bevölkerung und die psychiatrisch-psychotherapeutische Versorgung in der Schweiz (Meta-Analyse), BAG
- > Umfrage bei Studierenden der Universität Freiburg zu den Auswirkungen der Pandemie auf ihr Wohlbefinden (<https://projects.unifr.ch/pophealthlab/>)
- > Michaud, P., Vassalli, J., Schmitt, P., A., Jaffé, P., D., Ambresin, A. (2021). «Impact de la pandémie de Covid-19 sur la santé et le développement des jeunes en Suisse - Quel rôle pour les médecins ?», Rev Med Suisse 2021; Ausgabe 7. Nr. 722, S. 150-154.

Die Erkenntnisse aus diesen Studien sowie die Daten, die von den im Kanton Freiburg tätigen Institutionen zur Gesundheitsförderung und Prävention gesammelt werden, sollen namentlich für die Umsetzung der Massnahmen des nächsten Freiburger Programms zur Förderung der psychischen Gesundheit 2022–2025 herangezogen werden. Ebenso sollen diese Daten sowie die Ergebnisse der Umfrage «I mache mit!», die im Herbst 2020 bei einer repräsentativen Auswahl von 1110 Freiburger Schülerinnen und Schülern durchgeführt wurde, als Orientierungshilfe für die Umsetzung der Massnahmen des Aktionsplans «I mache mit!» 2022–2026 dienen. Ziel dieses Aktionsplans ist es, die harmonische Entwicklung von Kindern und Jugendlichen unter Wahrung der Chancengleichheit zu fördern.

Link zu den Empfehlungen der JuK: <https://www.fr.ch/de/alltag/integration-und-soziale-koordination/kommission-fuer-kinder-und-jugendfragen>

Link zu den Empfehlungen der Fachstellen für Kinder- und Jugendfragen auf kantonaler, kantonsübergreifender und nationaler Ebene: <https://www.fr.ch/de/alltag/integration-und-soziale-koordination/kommission-fuer-kinder-und-jugendfragen>

2. *Gibt es Statistiken, welche die Suizide und Suizidversuche an den Freiburger Schulen erfassen? Wie haben sich diese entwickelt?*

Was die Suizidversuche betrifft, weist der Staatsrat vorab darauf hin, dass ihre vollständige Erfassung kompliziert ist. Denn es ist einerseits schwierig, die Suizidabsicht in Verbindung mit dem Suizid zu bescheinigen. Andererseits führt ein bestätigter Versuch nicht zwingend zur notfallmässigen Einlieferung oder zu einem Polizeieinsatz, die diese Situationen erfassen. Die Eltern können die Situation mit den Hausärzten oder der Psychotherapeutin, die ihr Kind betreuen, selbstständig lösen. Die Spital Einheit oder die Polizei befinden sich so am Ende der Kette und haben nicht von allen suizidalen Krisen Kenntnis.

In Bezug auf das Spital ist darauf hinzuweisen, dass die Erfassung der Diagnostik bei der notfallmässigen Aufnahme entweder im Notfall des freiburger spitals (HFR) oder durch die Notfallpsychiatrie des Freiburger Netzwerkes für psychische Gesundheit keine systematische Bestimmung der Suizidabsichten ermöglicht. Die Aufbereitung und Auslegung der Statistiken erfordern eine systematische Datenerfassungsmethode.

Was die Kantonspolizei betrifft, verfügt sie bis heute über folgende Statistiken für die Jugendlichen von 10 bis 19 Jahren:

- > 2018: 17 Fälle, davon 3 mit Todesfall
- > 2019: 10 Fälle, alles Versuche
- > 2020: 14 Fälle, davon 1 mit Todesfall
- > 2021: 6 Fälle, davon 2 mit Todesfall

Wie oben betont müssen diese Daten mit Vorsicht interpretiert werden, da sie nur eine sehr partielle Sicht auf die Suizidversuche liefern.

In der Volksschule und gemäss der geltenden Regelung müssen die Eltern die Schulleitung über jede unvorhergesehene Abwesenheit ihres Kindes informieren und den allgemeinen Grund angeben, zum Beispiel aus gesundheitlichen Gründen. In der Praxis wird die Abwesenheit gemeldet. Wenn sie mehr als vier Tage dauert, wird ein Arztzeugnis benötigt. Im Interesse und zum Schutz ihres Kindes haben die Eltern das Recht, den wahren Grund der Abwesenheit zu verschweigen.

Was die Schulen der allgemeinen Sekundarstufe II betrifft, sind in diesem Schuljahr zwei Suizide zu beklagen. Diese sind in den obenstehenden Statistiken der Kantonspolizei enthalten.

Allerdings ermöglichen die zur Verfügung stehenden Daten sowie die Sensibilität des Themas keine genaue Kommunikation der Suizid- und Suizidversuchsstatistiken der jungen Menschen im Kanton. Was indessen die Kinder und Jugendlichen betrifft, die vom FNPG betreut werden, ermöglichen die Daten und Beobachtungen des Spitals folgende Feststellungen:

- > beim Vergleich von 2020 mit 2019 gibt es bei den Einweisungen keinen bedeutenden Unterschied;
- > die Einweisungen sind seit Anfang 2021 stark gestiegen. Vergleicht man die ersten Monate des Jahres 2021 mit jenen von 2020 und 2019, stellt man fest, dass sich die monatlichen Eintritte fast verdoppelt haben. In diesem Kontext ist zu berücksichtigen, dass zwischen dem Auftreten der Notlage und dem Suizidversuch eine Latenzzeit bestehen kann;
- > seit Beginn der Coronakrise ist die Nachfrage nach psychiatrischen Beurteilungen und Konsultationen stark gestiegen.

3. *Falls die Suizidfälle zugenommen haben, was gedenkt der Staatsrat dagegen zu unternehmen? Falls die Suizidfälle nicht zugenommen haben, erkennt der Staatsrat trotzdem Handlungsbedarf?*

Wie oben erwähnt, können die Gesundheitsmassnahmen in Verbindung mit COVID-19 erhebliche Auswirkungen auf die psychische Gesundheit der verschiedenen Bevölkerungskategorien haben. In diesem Sinne haben zahlreiche Länder Fachpersonen für die psychische Gesundheit der Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen sowie der älteren Personen in die verschiedenen

wissenschaftlichen Beiräte oder Taskforce integriert. Dies ist auch der Fall bei der COVID-19-Gesundheits-Taskforce im Kanton Freiburg.

Es ist anzumerken, dass sich Anfang Februar 2021 eine fachübergreifende Arbeitsgruppe zweimal getroffen hat, um die psychologische Situation der jungen Menschen zu analysieren und konkrete Massnahmen zu planen. Auf Impuls der Fachstelle für Kinder- und Jugendförderung (FKFJ) bei der kantonalen Koordinationsstelle besprach diese Arbeitsgruppe die Frage des Handlungsspielraums, über den der Kanton in Anbetracht des Bundesrechts verfügt, um die soziale Rolle der Zentren für soziokulturelle Animation und der aufsuchenden Sozialarbeit (Gassenarbeit) zu anerkennen und diesen Zentren zu ermöglichen, im Vergleich zu den Anfang Februar geltenden Restriktionen erleichterte Schutzkonzepte anzuwenden. So bestätigte das kantonale Führungsorgan (KFO) am 10. Februar 2021 auf Vorschlag der Arbeitsgruppe die Anerkennung der sozialen Rolle dieser Zentren und der Gassenarbeit. Auf dieser Grundlage wurden anschliessend die Schutzkonzepte angepasst.

Auch im Hinblick auf die Nutzung des durch die Bundesregelung gebotenen Handlungsspielraums für die Unterstützung der Jugendaktivitäten gab die kantonale Koordinationsstelle am 29. März 2021 Richtlinien und Empfehlungen heraus, damit Lager für unter 20-Jährige mit Übernachtung, die ausserhalb der Schule organisiert werden, unter Beachtung der Gesundheitssituation möglichst normal durchgeführt werden können. Diese Richtlinien und Empfehlungen wurden insbesondere in den Osterferien 2021 angewendet. Ausserdem wurde über die kantonale Kinder- und Jugendsubvention der GSD ein Betrag von 30 000 Franken gesprochen, um die Durchführung von ein- oder mehrtägigen Jugendaktivitäten mit Übernachtung im Sommer 2021 zu fördern.

In Anbetracht der immer deutlicheren Signale der Auswirkungen der Gesundheits- und sozioökonomischen Krise auf die Jugendlichen beschloss der Staatsrat am 30. März 2021, einen Projektausschuss «Unterstützungsplan für die Jugend Freiburg» zu bilden. Dieser hat unter dem Vorsitz von Oberamtmann François Genoud folgenden Auftrag:

- > Erstellung einer Bestandsaufnahme der Massnahmen, um die negativen Auswirkungen der Coronakrise auf die Kinder und Jugendlichen zu bewältigen;
- > Definition eines Koordinationsmechanismus zwischen allen beteiligten Akteuren;
- > Vorschlagen von zusätzlichen Sofortmassnahmen zuhanden des Staatsrates;
- > Vorschlagen eines Systems für das Problem der «post-COVID-Jugend» zuhanden des Staatsrats, das in das bestehende Dispositiv integriert ist;
- > Definition eines Kommunikationsplans.

Die psychische Gesundheitsförderung gehört zu den Prioritäten der kantonalen Freiburger Strategie für Gesundheitsförderung und Prävention. Deshalb wurden die Gesundheitsförderungs- und Präventionsmassnahmen während der ganzen Gesundheitskrise weitergeführt und der jeweiligen Ausgangslage angepasst, um die psychische Gesundheit der Kinder, Jugendlichen und ihrer Angehörigen zu fördern.

Die Direktion für Gesundheit und Soziales (GSD) und die Direktion für Erziehung, Kultur und Sport (EKSD) arbeiten mit dem Konzept Gesundheit in der Schule und dem kantonalen Programm zur Förderung der psychischen Gesundheit koordiniert mit verschiedenen Partnern, die in der psychischen Gesundheitsförderung in der Schule aktiv sind. Der Kanton unterstützt ausserdem verschiedene Vereine und Projekte in den Bereichen psychische Gesundheit und Suizidprävention.

Von diesen erwähnen wir namentlich den Verein REPER, der mit unterschiedlichen Themen (Bildschirme, sexuelle Belästigung, Mobbing, Alkohol usw.) verschiedene Massnahmen für die Stärkung der Ressourcen der Kinder und Jugendlichen durchführt. CIPRET Freiburg seinerseits arbeitet aktuell an einem transversalen Projekt für die Stärkung der persönlichen Ressourcen der jungen Menschen in Bezug auf mehrere Themen sowie den Gruppendruck.

Die GSD unterstützt zudem den Verein ciao.ch und sein deutschsprachiges Gegenstück feel-ok.ch, die den jungen Menschen Orte bieten, wo sie ihre Sorgen mitteilen und rasch von Fachpersonen der verschiedenen Themenbereiche (psychische Gesundheit, aber auch Sexualität, Alkohol, Konsum, Gewalt und andere) geeignete Antworten erhalten. Für die Unterstützung der jungen Menschen während dieser Pandemie und für einen einfacheren Zugang zu den bestehenden Angeboten entwickelte der Verein ciao.ch 2021 Ressourcenkarten für sie. Diese Ressourcenkarten werden in Kürze im Bildungsbereich verteilt, in Koordination mit der direktionsübergreifenden Fachstelle (EKSD-GSD) Gesundheit in der Schule.

Die Plattform www.psygesundheit.ch ihrerseits, die unter anderem von der GSD, den lateinischen Kantonen und der Gesundheitsförderung Schweiz finanziert wird, erfasst die Ressourcen für die Pflege der psychischen Gesundheit und beantwortet Fragen von Personen, die sich um Angehörige Sorgen machen. Eine spezifische Rubrik ist zudem der COVID-19-Pandemie gewidmet. Die Psy-Gesundheit-Kampagne verbreitete zusammen mit ciao.ch zahlreiche Botschaften an die Jugendlichen, um ihre psychische Gesundheit zu unterstützen und zu fördern. Diese Botschaften wurden auf verschiedenen kantonalen Trägern übernommen.

In der Westschweiz ist gerade die neue Plattform ontécoute.ch für 18- bis 25-Jährige lanciert worden. Sie ergänzt die bereits bestehende Plattform für 11- bis 18-Jährige <https://www.ciao.ch/>. Diese beiden Plattformen bieten eine Online-Unterstützung für junge Menschen an. Manche Jugendliche bevorzugen diesen Weg, um sich anderen anzuvertrauen und Hilfe zu suchen.

Schliesslich unterstützt die GSD auch den Verein PréSuiFri (Suizidprävention Freiburg), der Sensibilisierung-, Schulungs- und Unterstützungsmassnahmen im Bereich der Prävention und der Nachsorge des Suizids bei Fachpersonen und in Schulen durchführt. Dieser Verein plant mit einer seit April 2019 aktiven Arbeitsgruppe (AG «Jugendliche» Themenbereich 2: Präventionsmassnahmen) die Umsetzung von weitergehenden und langfristigen Suizidpräventionsprogrammen in den Schulen. Im April 2021 wurde ein Pilotprojekt gestartet (s. unten).

Im Wesentlichen sind sich die Fachpersonen und Freiwilligen in den Bereichen Gesundheit und Soziales wie auch die Lehrpersonen bewusst, dass die Pandemie und ihre Folgen eine erhöhte Wachsamkeit gegenüber suizidalen Verhaltensweisen erfordern. Es ist wichtig, dass die jungen Menschen ihre Gefühle und Bedürfnisse in Bezug auf das von ihnen Erlebte ausdrücken können und dass sie innert nützlicher Frist Zugang zu geeigneten Unterstützungsdispositiven haben. Diese Dispositive müssen zielgerichtet sein und können die Form einer psycho-sozialen und erzieherischen oder aber psychotherapeutischen Begleitung annehmen. Die jungen Menschen haben über die in den Schulen arbeitenden Fachpersonen (Mediator/innen, Psycholog/innen, Sozialarbeiter/innen, Seelsorger/innen) und bei in diesem Bereich tätigen Vereinen (z. B. REPER, feel-ok) Zugang dazu. Das 147 bietet in diesem Sinn eine Unterstützungs- und Beratungsplattform für junge Menschen, die an sieben Tage pro Woche an 24 Stunden pro Tag per Telefon, Chat, SMS oder E-Mail erreichbar ist. Therapeutische Unterstützung wird auch über die psychologische Beratung der Studierenden des Staats erhalten (für Mitstudierende, > 18 Jahren) oder es können die verschiede-

nen Angebote des FNPG (kantonale Notfallpsychiatrie: 026 305 77 77), für unter 18-Jährige das ambulante Zentrum für Kinder- und Jugendpsychiatrie oder die Abteilung Chrysalide und für Volljährige die FNPG-Abteilung für Erwachsene für einen stationären Aufenthalt in Anspruch genommen werden.

Es gilt zudem anzumerken, dass die Kantonspolizei in folgende Massnahmen und Aktionen investiert:

- > Präventionsprogramm in den Primarschulen und OS des Kantons
- > direktionsübergreifende Arbeit EKSD – GSD – SJD
- > bei konkreten Fällen, Kapazität für die Betreuung und Vernetzung im Notfall

Der Bereitschaftsdienst Intake des JA ist ausserdem in der Lage, Beurteilungen durchzuführen und bei Notlagen mit dem HFR oder der Kantonspolizei Kontakt aufzunehmen.

4. *Gibt es Statistiken, welche die Schulabbrüche oder das Wiederholen einer Stufe an Mittelschulen erfassen? Haben die Mittelschulabbrüche im Jahre 2020/2021 zugenommen? Hängen diese Schulabbrüche oder Schulstufenviederholungen mit der Covid-19-Krise zusammen oder sind diese auf die gestiegenen Anforderungen während dieser Krise zurückzuführen? Erkennt der Staatsrat hier einen Handlungsbedarf (z. B. durch Anpassen der Anforderungen)?*

Es ist zu früh, um die Abschlüsse (die ausser für die Handelsmittelschule jährlich sind) und die Wiederholungen der Schülerinnen und Schüler mit jenen der Vorjahre zu vergleichen. Ein Vergleich der bereits verfügbaren Ergebnisse, das heisst jene des ersten Semesters 2020/21 mit jenen des ersten Semesters der Schuljahre 2019/20 und 2018/19, zeigt, dass das Jahr 2020/21 in Bezug auf den Schulabbruch unter dem Jahr oder die Schulschwierigkeiten nicht aussergewöhnlich ist. In diesem Schuljahr haben im ersten Semester 126 Schülerinnen und Schüler (2,26 %) ihre Ausbildung abgebrochen. 2019/20 waren es 117 (2,12 %) und 2018/19 128 (2,43 %). Der Prozentsatz der Personen, die am Ende des ersten Semesters 2020/21 einen Teil nicht bestanden hat (14,51 %), liegt ebenfalls nahe bei jenem der beiden letzten Schuljahre (13,09 % für 2019/20 und 12,44 % für 2018/19).

5. *Werden Lehrpersonen trainiert und instruiert, um Gefährdete zu erkennen, ernst zu nehmen und diese allenfalls an professionelle Hände weiterzureichen? Liegen entsprechende Notfallszenarien vor und sind diese eintrainiert?*

Die Lehrpersonen werden, wie auch die anderen Personen im schulischen Umfeld, regelmässig für die Problematik sensibilisiert.

Die Mediatorinnen und Mediatoren werden seit mehreren Jahren wie die Schulsozialarbeitenden im Rahmen ihrer Grundausbildung oder an Weiterbildungen für das Erkennen von Suizidpotenzial geschult, wie auch die Gesundheitsfachpersonen und die Ärzteschaft.

Zwischen 2011 und 2015 führte PréSuiFri ein Projekt für die Sensibilisierung für suizidales Verhalten aller Lehrpersonen der französischsprachigen OS und der Berufsfachschulen des Kantons Freiburg durch. Ausserdem haben die Lehrpersonen die Möglichkeit, sich mit regelmässigen Weiterbildungen (jährlich oder mehrmals jährlich) in den Bereichen Suizidalität und suizidales Verhalten oder Krisenintervention weiterzubilden. Diese Kurse werden vom Verein PréSuiFri und/oder von GRPS (Westschweizer Suizidpräventionsgruppe) in Zusammenarbeit mit dem FNPG

angeboten. Ausserdem bietet GRPS seit 2019 im Kanton Freiburg den Kurs «Faire face aux risques suicidaires» an. Mehrere Lehrpersonen der Sekundarstufe II haben diese Weiterbildung absolviert.

Das Amt für französischsprachigen obligatorischen Unterricht (FOA) hat ebenfalls Dispositive eingeführt, die den Schulen Unterstützung bieten, die mit suizidalem Verhalten konfrontiert sind.

PréSuiFri arbeitet aktuell mit einigen Schulen zusammen, um Präventions- und Nachsorgemassnahmen sowie Unterstützungsdispositive einzuführen. Ein Pilotprojekt unter seiner Schirmherrschaft zielt auf die Sensibilisierung der jungen Menschen, ihrer Familien und der Erwachsenen in den Schulen für das suizidale Verhalten ab und soll die Inanspruchnahme von Hilfe fördern. Es wurde im April 2021 in einer Berufsfachschule, zwei Orientierungsschulen und einem Kollegium gestartet. Eine Ausweitung dieses Projekts auf andere Schulen des Kantons ist nach der Pilotphase geplant.

Ganz allgemein ist die regelmässige Sensibilisierung der Lehrpersonen und der Personen, die in Schulen arbeiten, für die Fragen zur Suizidalität und zum suizidalen Verhalten grundlegend. Sie kann aktuell im Rahmen ihrer Grundausbildung, im Rahmen ihres Arbeitsumfelds oder mit Weiterbildungsangeboten von PréSuiFri und von GRPS/FNPG erhalten werden.

Es ist zudem anzumerken, dass im Vorfeld der Früherkennung von problematischen Situationen verschiedene Gesundheitsförderungs- und Präventionsprojekte in den Schulen umgesetzt werden, die darauf abzielen, die psychischen Ressourcen der Schülerinnen und Schüler sowie die Kompetenzen der Lehrpersonen zu stärken. Namentlich geschieht dies mit verschiedenen Projekten, die REPER im Auftrag der GSD und in Koordination mit dem Konzept Gesundheit in der Schule EKSD–GSD anbietet.

6. Greifen die Schulen auf Unterstützung von Bekannten und Bewährtem zurück?

PréSuiFri bietet den Schulen, die dies wünschen, seine Kompetenzen und Unterstützung an. Mehrere von ihnen nehmen dieses Angebot regelmässig in Anspruch. Die mobile Einheit, die Jugendbrigade und im französischsprachigen Teil des Kantons die Schulmediation bieten den Schulen zusätzliche Unterstützung. Für die Schulen der Sekundarstufe II stellen die Mediatorinnen und Mediatoren sowie der psychologische Dienst eine wichtige Unterstützung dar. Die Zusammenarbeit mit dem FNPG wurde ebenfalls verstärkt. In einigen Situationen wurde auch das EMUPS (Equipe Mobile d'Urgences Psychosociales) in Anspruch genommen.

7. Wie gedenken die Schulen und die Politik, dem Problem der persönlichen Gefährdung bei einer allfälligen Schliessung der Schule zu begegnen und wie glauben sie dies zu können?

Auch im Frühjahr 2020, als die Primarschulen für sechs Wochen, die Orientierungsschulen für neun Wochen und die Schulen der Sekundarstufe II während neun Wochen keinen Präsenzunterricht anboten, bestand eine der wichtigsten Aufgaben der Lehrpersonen im Sicherstellen des Kontakts mit jedem Schüler und jeder Schülerin ihrer Klasse. Die technischen Möglichkeiten, über die die Schulen, Schülerinnen und Schüler sowie die Lehrpersonen heute verfügen, stellen die Pflege dieses Kontakts sicher, der heute im Fall einer neuen Schulschliessung oder des Fernunterrichts verstärkt und ausgebaut würde.

28. Juni 2021